

Online Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Hrsg: Dr. Peter Fischer-Bollin

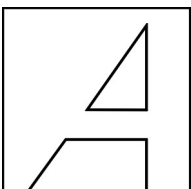
Deutschland im Umbruch

Reaktionen aus europäischen Hauptstädten und Washington

Mai 2005

Ansprechpartner:

Dr. Peter Fischer Bollin
Teamleiter Europa/USA
Landgrafenstraße 14, 10907 Berlin
(0 30) 26996-526
E-Mail: peter.fischer-bollin@kas.de



Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
www.kas.de – redaktion@kas.de

Deutschland im Umbruch

Reaktionen aus europäischen
Hauptstädten und Washington

Mai 2005



2005 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion: Dr. Peter Fischer-Bollin, Teamleiter Europa/USA
Landgrafenstraße 14, 10907 Berlin (Postanschrift)
Tel.: 030 26996-526, Fax: 030 26996-556
E-Mail: peter.fischer-bollin@kas.de
Layout: Pia Grundheber

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	5
Baltikum	6
BeNeLux-Länder	7
Bulgarien	8
Frankreich	9
Italien	11
Kroatien	12
Mazedonien	13
Polen	14
Portugal	15
Serbien und Montenegro	16
Slowakische Republik	17



Spanien	18
Tschechische Republik	20
Ukraine	21
Ungarn	23
USA	24

Einführung

Aus Anlass des erdrutschartigen Sieges der CDU in Nordrhein-Westfalen und der Ankündigung von Neuwahlen im Herbst haben wir unsere Auslandsmitarbeiter in Europa und den USA gebeten, über die Bewertungen aus Politik und Medien in den jeweiligen Hauptstädten zu informieren.

Aus den beiliegenden Berichten geht hervor, dass übereinstimmend die Kanzlerkandidatur Angela Merkels erwartet wird und man davon ausgeht, dass es im Herbst zu einem Regierungswechsel kommt. Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen und die Vertiefung der europäischen Einigung erwartet man in den EU-Mitgliedsstaaten und auch in den USA von einer durch Angela Merkel geführten Bundesregierung spürbare Verbesserungen. Die EU-Beitrittskandidaten befürchten hingegen mehr Schwierigkeiten auf dem Weg in die EU-Mitgliedschaft. Neben der Außenpolitik ist die noch ausstehende Modernisierung Deutschlands der wichtigste Bereich, in dem Änderungen erwartet und gewünscht werden. Interessant sind die unterschiedlichen Bewertungen von französischer Seite.

Über Ihr Interesse an den nachfolgenden Berichten würde ich mich freuen.

Dr. Gerhard Wahlers
Leiter der HA Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung

Tel.: 030 26996-525

E-Mail: gerhard.wahlers@kas.de

Baltikum

Die für die Sozialdemokraten verlorene Landtagswahl in NRW und die Ankündigung Schröders, die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen, war eines der bestimmenden außenpolitischen Themen in den Medien nach dem 24. Mai 2005. Den Sieg der CDU in Nordrhein-Westfalen sah man als eine Chance für Frau Merkel. Frau Merkel wurde in der estnischen Presse genauer portraitiert und vorgestellt; im Falle einer erfolgreichen Kanzlerkandidatur wurde sie als „eine der einflussreichsten Frauen der Welt“ bezeichnet (SL Öhtuleht).

Unter der Überschrift: „Der Untergang der rot-grünen Epoche Deutschlands“ wurde der Kommentar von Jeroen Bult (Amsterdam) veröffentlicht: „...Diesmal werden die deutschen Wähler sich nicht mehr an der Nase herumführen lassen und nun von der rot-grünen Regierung die Erklärung dafür fordern, warum sie im Laufe der letzten sieben Regierungsjahre keine konkreten Ergebnisse vorzuzeigen haben. Aber man muss abwarten, ob Frau Merkel wirklich imstande ist, den 5 Millionen Arbeitslosen Verbesserungen zu bieten.“

Die große lettische Tageszeitung „Neatkariga Rita Avize“ machte deutlich, dass der Ausgang der Landtagswahl in NRW nicht nur Einfluss auf die deutsche Bundespolitik habe, sondern vielmehr auch die Europapolitik maßgeblich beeinflussen könne. So findet eine Woche nach den NRW-Landtagswahlen das Referendum über die Europäische Verfassung in Frankreich statt. Schröder hatte den französischen Präsidenten Chirac in seiner Politik unterstützt und in der Bevölkerung wiederholt für ein „Ja“ zur Verfassung geworben. Diese Unterstützung durch Schröder könne sich für Chirac nun ins Gegenteil verkehren und so zu einem negativen Votum führen; schließlich kann sich Chirac schwerlich auf die Position eines Kanzlers berufen, dem die Wähler in Scharen davonlaufen.

Neben der Medienberichterstattung gab es auch bereits erste Kommentare von prominenten Politikern aus dem Baltikum. So schätzt das Mitglied des Europäischen Parlaments, Tunne Kelam (Isamaaliit) die Ereignisse in Deutschland positiv ein und äußert die Hoffnung, dass der/die zukünftige neue Bundeskanzler/-in in den Beziehungen zu Russland eine deutlich kritischere Haltung einnehmen werde.

Auch der zweimalige estnische Ministerpräsident Mart Laar, der Frau Merkel auch persönlich kennt, zeigte sich ob der Entwicklungen in Deutschland erfreut.

Hoffnungen auf bessere Beachtung der Baltischen Interessen und neue Impulse für christlich- demokratische Werte nach einem möglichen Kanzlerwechsel in Berlin werden auch von führenden Persönlichkeiten der Mitte-Rechts Parteien Lettlands und Litauens geäußert.

Insgesamt wird der Verlauf der Ereignisse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, weil durch einen möglichen Regierungswechsel in Berlin überwiegend positive Rückwirkungen auch auf die weitere Entwicklung in Europa und in den Baltischen Länder vermutet werden.

Dr. Andreas von Below

Tel.: 00371-7-039 328

E-Mail: Below.Riga@Adenauer.lv

BeNeLux-Länder

Die Ankündigung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen die Vertrauensfrage zu stellen und damit Neuwahlen herbeizuführen, wurde in allen Tageszeitungen der BeNeLux-Länder aufgegriffen. Öffentliche Äußerungen von Regierungsseite oder wichtigen Politikern gab es nicht. In keinem der Länder sieht man besondere Auswirkungen auf die nationale Politik.

Als Grund für die Niederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen nannten die Kommentatoren in der Presse die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder. Wirtschaftspolitische Reformen seien jedoch nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern notwendig: In Europa würden die Regierungen nicht nach ihren Anstrengungen für die europäische Einigung beurteilt, sondern nach ihrer wirtschaftlichen Leistung.

Niederlande:

Das Fehlen von Stellungnahmen seitens der Regierung oder den Parteien in der Niederlande erklärt sich nicht zuletzt aus der alles überlagernden Debatte um das kommende Referendum zum europäischen Verfassungsvertrag. Die niederländische Presse diskutiert, in wie weit die CDU/CSU und ihre zukünftige Kanzlerkandidatin Angela Merkel eine wirtschafts- und sozialpolitische Alternative zur Regierung Schröder darstellen können:

- **NRC Handelsblad (25.05.05):** Eigentlich zwingt das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen die ganze Bundespolitik zu einer Standpunktbestimmung über den Versorgungsstaat und die Versuche, diesen zu reformieren. Schröder hat dazu einen Anstoß gegeben, aber der ist nicht dankbar aufgenommen worden. Paradoxerweise treibt die Sanierung der sozialen Sicherungssysteme, die sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Niederlanden nötig ist, die Wähler jedoch davon. Die Tragik ist, dass die Alternative der Christdemokraten unter Leitung von Angela Merkel noch nicht überzeugte.

Belgien:

Auch in Belgien dominieren die innenpolitischen Themen, so dass hier ebenfalls keine Stellungnahmen politischer Entscheidungsträger vorliegen. Kommentare aus der belgischen Tagespresse gehen auf die Herausforderin Angela Merkel und ihre voraussichtliche Kanzlerkandidatur ein:



- **Grenz-Echo:** Schröder hat in Berlin keine Zukunft mehr. Wenn alles normal läuft, ist Angela Merkel der nächste Bundeskanzler. Schröders Manöver erspart der Union einen Streit über den Kanzlerkandidaten. Mangels Zeit und um des inneren Friedens Willen führt an Merkel kein Weg vorbei.
- **De Standaard** 24.05.05: „Abgang“: Vor allem die CDU/CSU ist auf die raschen Neuwahlen nicht vorbereitet und sie weiß noch nicht, wie sie gegen Schröder in diesem Streit antritt. Es scheint logisch, dass Angela Merkel die Herausforderin wird, aber sie genießt nicht bei jedermann viel Ansehen (...).

Aber es gibt kaum eine andere Wahl und CDU/CSU können es sich nicht erlauben, eine zweitrangige Figur in die Arena zu schicken.(...)

Der noch unbekannte Faktor Merkel, die diese Woche zur „Kanzlerkandidatin“ ernannt werden soll, muss die Deutschen überzeugen, dass sie das Land leiten kann. Die Kampagne wird hart werden, da Merkel auch als erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik zeigen muss, dass sie ein würdiger Kanzler sein kann. (...)

Luxemburg:

Aufgrund der gesonderten Stellung Luxemburgs als derzeitige EU-Ratspräsidentschaft war die Regierung zu Stellungnahmen veranlasst. Hier äußerte sich vor allem der Außenminister Jean Asselborn zu den möglichen Auswirkungen innerhalb der EU:

- **Luxemburger Wort:** Auf die Auswirkungen über Deutschland hinaus angesprochen, meinte Außenminister Asselborn, dass das Wahlergebnis aus Nordrhein-Westfalen und seine bundespolitischen Begleiterscheinungen natürlich von den europäischen Außenministern, die in Brüssel tagten, kommentiert worden seien. Man sei sich aber darüber im Klaren gewesen, dass die Europäische Union nicht zum Stillstand kommen dürfe – auch wenn es in einem der wichtigsten Mitgliedsländer zu beachtlichen Umwälzungen komme.

Dr. Peter R. Weilemann

Tel.: 00 32-2-74307-43

E-Mail: sekretariat@eukas.be

Bulgarien

In größter Aufmachung wurde über die Ereignisse in Düsseldorf und in Berlin berichtet. In den Hauptnachrichten des Nationalrundfunks nahmen diese Ereignisse den allerersten Platz ein.

Unverkennbar kommt allerdings in der Kommentierung der Ereignisse deutlich die Sorge zur Ausdruck, dass eine CDU - geführte Bundesregierung den Beitritt Bulgariens zwar vielleicht nicht stoppen könnte (was nach der Unterzeichnung der Verträge sowieso praktisch nicht mehr möglich ist), aber diesen Prozess verzögern könnte.

So titelt die dem WAZ-Konzern gehörende Boulevard-Zeitung „24 Stunden“: „Bulgarien ist der größte Verlierer“. Und die linksgerichtete Zeitung „Jetzt“ kommentiert die Ereignisse in Deutschland unter der Überschrift „Deutschland kann Bulgarien an der Schwelle zur EU ein Bein stellen“. Die Zeitung „Jetzt“ befürchtet, dass eine CDU-geführte Regierung für die Einsetzung der Sperrklausel votieren könne, wodurch die Mitgliedschaft Bulgariens um ein Jahr verzögert würde. Ganz ähnlich sieht es auch die Boulevardzeitung „Standard“. Dies sei nicht nur „ein schwarzer Sonntag für die SPD, sondern auch ein schwarzer Tag für Bulgarien“ gewesen.

Demgegenüber druckte die bürgerliche „Tageszeitung“ ein Interview mit dem Außenpolitik-Sprecher der CDU, Friedbert Pflüger, in dem er versichert, dass auch eine CDU-geführte Regierung die Verträge nicht blockieren werde.

Insgesamt herrscht in der Politik in Bulgarien noch große Unsicherheit vor, welche Konsequenzen die Ereignisse vom Sonntag hervorrufen könnten. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde in Bulgarien zudem registriert, dass die Union gegenüber dem Nachbarland Türkei eine deutlich ablehnende Haltung eingenommen hat. Dies ist auch für die Partnerparteien der EVP in Bulgarien von Bedeutung. Während sich nämlich die „Union Demokratischer Kräfte“, UDK, unter dem Vorsitz der früheren Außenministerin Nadeshda Michajlova für einen Beitritt der Türkei zur EU einsetzt, hat die Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“, DSB, unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten Ivan Kostov deutliche Vorbehalte.

Ralf Jaksch

Tel.: 00359-2-9434388

E-Mail: kas.sofia@mb.bia-bg.com

Frankreich

Ähnlich wie in den deutschen Medien hat die überraschende Ankündigung von Neuwahlen durch Bundeskanzler Schröder den Wahlsieg der CDU bei den Landtagswahlen in NRW in den Hintergrund gedrängt. Die innenpolitischen Umwälzungen in Deutschland werden in den französischen Print- und elektronischen Medien umfassend wahrgenommen. In Le Figaro ist das Thema sogar der Aufmacher am 23. Mai „*Allemagne: Schröder réclame des élections anticipées*“ („Schröder verlangt vorgezogene Wahlen – der Kanzler zieht die Konsequenzen aus der historischen Niederlage der SPD in NRW“). Les Echos, La Tribune und Liberation titeln die „*schwere Wahlniederlage Schröders*“ im zweiten Aufmacher.

Das **Wahlergebnis und die Neuwahlen** werden als „*Krise der deutschen Sozialdemokratie*“ bewertet – „Schröders Weg habe in eine Sackgasse geführt“. Le Figaro kommentiert „Gerhard Schröder kämpft jetzt mit dem Rücken zur Wand um ein politisches Überleben. Seine fehlende Popularität wird kaum in vier Monaten zu verbessern sein“. Mit der Ankündigung von Neuwahlen habe der Kanzler einen „politischen Wirbelsturm“ ausgelöst, der seine Gegner überrascht habe (Le Figaro

stellt in Frage, ob die CDU/CSU in Koalition mit der FDP in der Kürze der Zeit in der Lage ist, ein Wahlprogramm aufzustellen), der Erfolg seiner Flucht nach vorne wird jedoch eher skeptisch bewertet.

In bezug auf das **Reformprogramm der SPD** weisen die Medien und Kommentatoren auf den symbolischen Charakter der NRW-Wahl als ein deutliches Zeichen für die immer größeren Schwierigkeiten der Koalition, ihr Reformprogramm durchzusetzen.

Die „historische Niederlage“ der Regierungspartei wird auch unter dem Aspekt des internationalen Images von Bundeskanzler Schröder und möglicher **Auswirkungen auf das französische Referendum** gesehen, für das der Bundeskanzler sich „sehr engagiert“ habe. Die Verfassungsgegner in Frankreich versuchen, die Niederlage der Sozialdemokraten für ihre Kampagne zu instrumentalisieren – sie sehen sich nun nicht mehr isoliert in Europa; einer der Protagonisten des Nein-Lagers in Frankreich spricht gar von einer „Geistesverwandtschaft zwischen deutschen und französischen Wählern“. Die Verfassungsbefürworter versuchen ebenfalls, das Wahlergebnis zu ihren Gunsten zu interpretieren – der EU-Verfassungsvertrag würde erst recht nicht mit einer CDU-Regierung neu verhandelt. Frankreich müsse nun seine Führungsrolle bewahren.

In bezug auf die **künftige Rolle der CDU und Frau Merkel** zeichnet Le Monde ein Porträt von Frau Merkel, die ihren Weg vom „jungen Mädchen“ zur Kanzlerkandidatin gegangen sei „*La jeune fille en passe d'être la candidate de la CDU*“; auch wenn ihr Schicksal noch nicht besiegelt sei, so könne man nicht mehr vom „kleinen Mädchen“ sprechen. Es wird hervorgehoben, dass die CDU und Frau Merkel außenpolitisch die deutsch-französischen Beziehungen zwar als existentiell betrachten – allerdings niemals unter Ausschluss der USA, besondere Beziehungen bestünden zur UMP;

Le Figaro bezeichnet Frau Merkel als „*femme de pouvoir*“, als „Machtfrau“, die ihren Weg gegangen ist und sich auch gegen Gegner aus den eigenen Reihen hat durchsetzen müssen. Mit einer möglichen Machtübernahme durch die CDU werden Erwartungen im Hinblick auf die Durchführung des Reformprogramms, insbesondere im Hinblick auf die Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzt.

Mit bezug auf den **EU-Haushalt und Beitrittsverhandlungen mit der Türkei** sehen die frz. Medien wenig Chancen für die Annahme des EU-Haushalts mit einem geschwächten Deutschland als Partner - mit den vorgezogenen Neuwahlen habe Schröder einige Erschütterungen in Brüssel ausgelöst. Im Hinblick auf eine mögliche zukünftige CDU-Regierung spekulieren die Medien, dass die für den 3. Oktober geplanten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gehemmt und hinausgezögert werden. Le Monde erläutert die Position der „privilegierten Partnerschaft“ seitens der Union.

Am 25. Mai setzt sich die Berichterstattung über die Entwicklungen in Deutschland in reduzierter Form fort. Von Le Figaro wird ein neuer Aspekt thematisiert. Unter dem Titel „*Die CDU würde Washington gegen Paris ausspielen*“ heißt es, dass die **deutsche Außenpolitik im Falle eines Wahlsieges von Angela Merkel** in so wichtigen Bereichen wie Kooperation mit Frankreich, den transatlantischen Beziehungen und in bezug auf das Verhältnis zu Russland eine neue Ausrichtung

erfahren würde. In bezug auf Frankreich sei ihre Haltung zu Chirac distanziert, die CDU ziehe es vor, auf Sarkozy zu setzen. Selbst wenn Angela Merkel gewählt würde, würden ihre Beziehungen zum Elysee darunter leiden. Der Präsident der UMP und seine Gesprächspartner der deutschen Konservativen empfehlen eine „Erneuerung“ der deutsch-französischen Achse – ihre Stärkung durch Öffnung gegenüber großen Mitgliedstaaten wie Großbritannien, Italien, Spanien und Polen. Die Konservativen jenseits des Rheins würden ihre Hoffnungen auch deswegen in Sarkozy setzen, um an einer Verbesserung der transatlantischen Beziehungen zu arbeiten.

Dr. Beatrice Gorawantschy

Tel.: 0033-1-56691500

E-Mail: beatrice.gorawantschy@wanadoo.fr

Italien

Medien: Die italienischen Medien berichten in großer Aufmachung über die Ankündigung von Neuwahlen in Deutschland. Tenor: Gerhard Schröder ist am Ende, seine Wiederwahl im Herbst eigentlich ausgeschlossen, jetzt schlägt „die Stunde des Mädchens, das aus der Kälte kommt“ (Corriere, 23.5.), also Angela Merkels. Die Zeitungen schildern sie in ausführlichen Porträts als „pro-atlantisch, aber nicht euroskeptisch“ (ebd.), als „Eisernen Schmetterling“, der eine „konservative Revolution light“ wolle (Repubblica 24.5.). Die „Repubblica“ geht davon aus, dass Stoiber in einer Union-FDP-Regierung ab Herbst Außenminister wird oder Clement beerbt.

Politiker: Die erste Riege der italienischen Politik hat sich zu NRW und Neuwahlen nicht geäußert; aus dem Mitte-Links-Bündnis von Prodi wird aber Berlusconi Schröders Mut vorgehalten, sich Wahlen zu stellen. „Hier in Italien hat die Mitte-Rechts-Regierung bei den Regionalwahlen 12 Regionen verloren, und trotzdem ruft Berlusconi keine Neuwahlen aus“, rügt Vannino Chiti von der größten Oppositionspartei DS. Das Linksbündnis glaubt, dass die SPD-Niederlage in NRW und Schröders Schwierigkeiten im Bund letztlich auf das „schwierige Erbe einer überstürzten Wiedervereinigung unter Kohl“ (Enrico Boselli, SDI) zurückgehen.

In der Mitte-Rechts-Regierung dagegen ist Gustavo Selva (AN) überzeugt, die CDU mache einfach „die kohärentere soziale Marktpolitik“. Auch die Tatsache, dass Schröder „das deutsche Einvernehmen mit den USA aufgekündigt“ habe, hat in seinen Augen eine Rolle gespielt. Vergleiche zwischen der bedrängten Lage der Regierung in Deutschland und in Italien weist er zurück: „Schröder hat eine viel härtere Niederlage erlitten (als Berlusconi). Er hat ein Bundesland verloren, das mit der Lombardei vergleichbar ist – aber wir (d.h. die Regierungsparteien) haben die Region Lombardei gehalten.“

Italienische Politiker in allen Lagern richten sich jetzt auf eine Bundeskanzlerin Merkel ein. Im Außenministerium sehen viele die Chancen, dass Deutschland einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat erhält, gänzlich schwinden. Da wohl auch die

EU-„Verfassung“ am französischen Referendum scheitern werde, so meinen viele Diplomaten, werde Frankreich künftig in Europa schwächer dastehen.

Damit könne Italien sich in der EU wieder mehr ins Spiel bringen und könne ab Herbst wieder enger mit Deutschland zusammenarbeiten. Das gemeinsame konservative Credo verbinde; Rom werde im September also mit offenen Armen auf die neue, konservative Regierung von Berlin zugehen. Von einem „Rechtsruck“ in Deutschland werde sich Berlusconi's Kabinett außerdem Rückenwind für die italienischen Parlamentswahlen in der ersten Hälfte 2006 erhoffen.

Dr. Beatrice Gorawantschy

Tel.: 0033-1-56691500

E-Mail: beatrice.gorawantschy@wanadoo.fr

Kroatien

Die Entwicklungen in der deutschen Politik nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen werden in Kroatien wahrgenommen und kommentiert. Alle wichtigen Tageszeitungen wie auch Radio- und Fernsehsender haben über die Landtagswahlen und die anschließende Ankündigung von Neuwahlen auf Bundesebene berichtet und diese analysiert. Dies geschah in knapper Form und an eher nachgeordneter Stelle.

Bei der Berichterstattung überwiegt ein sachlicher, nüchterner Tonfall. Als Grund für die Niederlage der rot-grünen Koalition werden überall die Unzufriedenheit der Wähler mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung genannt. Die bisherige Regierung hätte es nicht geschafft, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder wichtige Unternehmen nach Nordrhein-Westfalen zu ziehen. Hinzu käme die Unbeliebtheit der rot-grünen Koalition auf Bundesebene. Diese habe mit den eingeleiteten Reformen ausgerechnet ihre Stammklientel besonders belastet und zu den größten Verlierer dieser Reformen gemacht. Die Bundesregierung habe die Unterstützung in der Bevölkerung weitgehend verloren. Umfragen zeigten, dass die Wähler ein größeres Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der CDU hätten. Ein Wahlsieg der CDU bei den anstehenden Neuwahlen gilt fast als sicher. Erwartet wird eine Kanzlerkandidatur der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel.

Alle Medien äußern großes Verständnis für Schröders Ankündigung von Neuwahlen, da ein Weiterregieren nach dieser auch psychologisch schweren Niederlage angesichts der noch bevorstehenden Reformen kaum möglich sei.

Verschiedene Medien spekulieren, dass Kanzler Schröder in den nächsten Monaten das Profil seiner Partei stärken und versuchen werde, die Opposition dadurch zu diskreditieren, dass er deren Programm als unsozialer als das der SPD darstellt. Es gibt aber keine Spekulationen über mögliche Pläne oder die Programmatik der CDU-Vorsitzenden oder der Partei.

Die politischen Ereignisse in Deutschland werden nicht in Bezug zu Kroatien gesetzt. In den Medien ist keine Rede von möglichen Konsequenzen eines Regierungswechsels in Deutschland für Kroatien. Hinter vorgehaltener Hand erhoffen sich aber die politischen Entscheidungsträger in Kroatien eine bessere Zusammenarbeit mit einer CDU-geführten Bundesregierung, da die Regierungspartei HDZ mit dieser befreundet ist. Vor allem erhofft man sich eine größere Unterstützung für den Beginn und den Verlauf der Verhandlungen Kroatiens mit der EU bezüglich eines Beitritts.

Dr. Christian Schmitz

Tel.: 00385-1-4882650

E-Mail: Christian.Schmitz@kas.hr

Mazedonien

In Mazedonien wurde das Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen und die bundespolitischen Folgen sehr zurückhaltend aufgenommen. Weder Regierung noch die Oppositionsparteien äußerten sich öffentlich dazu. Stellungnahmen von Politikern oder politischen Institutionen wurden nicht bekannt.

Der derzeitige Streit mit Griechenland um den offiziellen Namen Mazedoniens („Former Yugoslav Republic of Macedonia“ versus „Republic of Macedonia“) überlagert nahezu alle außenpolitischen Ereignisse. Man kann jedoch davon ausgehen, dass sich die sozialdemokratische Regierung Mazedoniens keinen Machtwechsel in Deutschland erhofft, da man im Falle einer CDU-Regierung an eine Verschlechterung der Chancen Mazedoniens auf eine baldige EU-Integration glaubt.

In den Medien wurde über die Niederlage der Sozialdemokraten in NRW nur sehr kurz berichtet. In nur zwei- oder dreizeiligen Berichten wurden die möglichen Neuwahlen im Herbst erwähnt. Der einzig ausführliche Artikel erschien am 25.05.05 in der überregionalen Tageszeitung „VREME“ (Zeit). Darin heißt es, dass die vorgezogenen Neuwahlen eine schlechte Nachricht für die Balkanländer und die Türkei seien. Im Falle eines Wahlsieges der CDU, so der Autor, würde die neue deutsche Regierung den Beitritt der Balkanstaaten in die EU stoppen und den Beitritt der Türkei blockieren.

Weitere Berichte in den Medien sind bisher nicht erschienen. Für die Menschen ist eine vorgezogene Neuwahl in Deutschland derzeit kein Gesprächsthema, da man sich zu sehr mit innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen beschäftigt.

Ulrich Kleppmann

Tel.: 00389-2-3231-122

E-Mail: u.kleppmann@unet.com.mk

Polen

In Polen fragt man sich im **politischen Bereich** mit einigem Erstaunen nach den Gründen, die Kanzler Schröder zur Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen bewogen haben. Eine differenzierte Analyse der innenpolitischen Situation in Deutschland und der innerparteilichen Situation der SPD ist bislang anscheinend nicht vorgenommen worden, so dass die Hintergründe für diese überraschende Entwicklung im Nachbarland nicht bekannt sind.

In dem der CDU/CSU nahestehenden Lager der **Bürgerplattform** freut man sich, dass nunmehr in Polen und Deutschland fast gleichzeitig ein neues Parlament gewählt wird - mit guten Chancen auf einen konservativ-liberalen Politikwechsel. Da es bezogen auf die grundsätzlichen politischen Reformen manche Parallelen gibt (Arbeitslosigkeit, Reform des Steuersystems und der sozialen Sicherung, Rückführung von Staatsaufgaben etc.), besteht bei der Bürgerplattform ein Interesse an einem Austausch über **konkrete politische Konzepte** in diesen Bereichen. Man ist auch interessiert an den Wahlparolen und Strategien der deutschen Christdemokraten für den Wahlkampf.

Von Seiten der Bürgerplattform erwartet man **außenpolitisch** in zwei entscheidenden Punkten mehr Gemeinsamkeit und Sensibilität von einer neuen christdemokratisch geführten Regierung in Deutschland: Zum einen in der transatlantischen Partnerschaft mit den USA, die in Polen über alle Parteigrenzen hinweg als ein zentrales nationales Interesse angesehen wird, zum anderen in den deutsch-russischen Beziehungen, die vom polnischen Standpunkt mehr europäisch integriert und vor allem nicht über den Kopf Polens hinweg gestaltet werden sollten. In diesem Zusammenhang wird immer wieder positiv an die Politik des Kanzlers Kohl erinnert, in der sich Polen stärker beachtet sah.

Probleme sieht man hinsichtlich des geplanten „**Zentrums gegen Vertreibungen**“, das von maßgeblichen Repräsentanten der CDU/CSU unterstützt wird und uns, wie Jan Rokita, polnischer Oppositionsführer und Kandidat der Bürgerplattform für das Amt des Premierministers, in seiner Berliner Rede am 24. Mai 2005 sagte, „eher von einander entfernt. Ein erneutes Nachdenken darüber, wie den Befürchtungen auf polnischer Seite durch ein hohes Maß an Transparenz, Dialog und mögliche Formen der Beteiligung entgegengesteuert werden kann, erscheint sinnvoll.“

In der **veröffentlichten Meinung** wurde von den umstürzenden innenpolitischen Ereignissen in Deutschland zwar durchweg prominent berichtet, auf Grund anderer wichtiger Geschehnisse in Polen erhielt das Thema insgesamt jedoch verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit.

In der liberalen polnische Tageszeitung Gazeta Wyborcza heißt es, sowohl die SPD wie auch die CDU/CSU seien programmatisch nicht vorbereitet auf die Wahlen. Ähnlich wie die SPD seien auch die Christdemokraten gespalten zwischen einem liberalen Flügel (CDU in Baden-Württemberg und Hessen) und den Anhänger eines rheinischen Kapitalismus mit einem starken Sozialstaat (nordrheinwestfälische CDU und bayerische CSU). Eine Entscheidung sei jedoch schon gefallen: **Kanzlerkandidatin** der CDU/CSU werde die Chefin der **CDU Angela Merkel**. Zusätzlich zu den bereits beschriebenen außenpolitischen Erwartungen rechnet man

damit, dass aufgrund der Ereignisse in Deutschland ein Kompromiss in der Frage des EU-Haushaltes in diesem Jahr nicht zu erwarten sei. Auch die Christdemokraten würden die deutsche Politik in der EU-Haushaltspolitik nicht ändern.

Stephan Raabe

Tel.: 0048-22-8453894

E-Mail: Stephan.Raabe@kas.pl

Portugal

Die portugiesischen Tageszeitungen berichteten ebenso wie die spanischen sehr ausführlich über die politischen Ereignisse in Deutschland. Die wirtschaftliche Situation, die hohe Arbeitslosigkeit sowie die kritische Einstellung der Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Reformwerk der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder werden als Gründe für die schwere Wahlniederlage der SPD am Sonntag angesehen.

1. „Russisches Roulett eines Kanzlers, der nichts mehr zu verlieren hat“

Mit dieser Überschrift beschrieb die einflussreiche nationale Tageszeitung „El Publico“ die Ankündigung von Bundeskanzler Schröder nach dem Wahldebakel in NRW, Neuwahlen anzustreben. Mit einer politischen Bewertung der anstehenden Neuwahlen und der daraus folgenden Konsequenzen halten sich sowohl politische Verantwortungsträger als auch die Medien noch zurück. Die Berichterstattung beschränkt sich im wesentlichen auf die Beschreibung der Lage und der Schwere der Wahlniederlage in NRW.

2. „Kanzlerkandidatin Angela Merkel“

Die CDU wird übereinstimmend für die anstehenden Bundestagswahlen als die wahrscheinliche Wahlsiegerin gesehen. Daher sind in vielen Zeitung bereits kurze Porträts von Angela Merkel zu sehen, die im Übrigen als sichere Kanzlerkandidatin der CDU vorgestellt wird. In diesen Porträts wird der Werdegang von Angela Merkel, angefangen mit ihrer Zeit als Sprecherin der ersten frei gewählten Regierung der DDR, über ihre Zeit als Umweltministerin im Kabinett von Helmut Kohl bis hin zu ihrem Aufstieg zur CDU-Vorsitzenden beschrieben. Auch das heute distanzierte Verhältnis der „politischen Ziehtochter“ Helmut Kohls zu ihrem einstigen Mentor wird thematisiert. Es wird auch erwähnt, dass das Profil Angela Merkels – Frau, Wissenschaftlerin, Protestantin und aus dem Osten stammend – im konservativen Flügel der CDU Unbehagen hervorruft. (El Publico) Nichtsdestotrotz verbreiten alle Medien die Botschaft, dass Deutschland demnächst mit aller Wahrscheinlichkeit zum ersten Mal in seiner Geschichte seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland von einer Frau regiert wird.

3. Folgen der Neuwahlen für Portugal

Für die portugiesische Politik werden derzeit noch keine Konsequenzen aus dem bevorstehenden Regierungswechsel – so die einhellige Berichterstattung – gesehen. Allerdings beschreiben einige Zeitungen voraussichtliche Konsequenzen des bevorstehenden Wahlkampfes und der Neuwahlen auf europäischer Ebene. So schreibt der „Publico“, dass das Scheitern der Regierung Schröder in Frankreich der Nein-Kampagne zum EU-Referendum nützen würde. Die Vertreter des Neins sehen sich durch den Niedergang der „liberalen Reformprojekte“ der Regierung Schröder in ihrer Auffassung bestärkt, die EU-Verfassung abzulehnen, die sie als „ultraliberales Machwerk der großen Konzerne“ verdammen.

In einem Kommentar der Tageszeitung „Primeiro de Janeiro“ wird angedeutet, dass Deutschland nach dem eventuellen Regierungswechsel wieder eine aktivere Rolle in der Europäischen und Internationalen Politik spielen könnte. Zuletzt sei Schröder – durch die ständigen Wahlniederlagen – „sicherlich der am meisten geschwächte europäische Regierungschef“ gewesen. Schröder sei auf internationalem Parkett längst nicht mehr mit der Souveränität aufgetreten, die dem Anführer der größten Wirtschaftsmacht Europas und der Union eigentlich zu eigen sein sollte.

Michael Däumer

Tel.: 0034-91-5791-394

E-Mail: kasmad@gmx.net

Serbien und Montenegro

Auch in den Medien Serbiens und Montenegros wird das Ergebnis der Landtagswahlen in NRW mit Überraschung aufgenommen. Die Ankündigung von Neuwahlen bereits im Herbst 2005 durch Bundeskanzler Schröder trifft Medien, Politik und Öffentlichkeit unvorbereitet. In ersten Berichterstattungen wird sachlich über die Ankündigung berichtet und das gesetzliche Prozedere für Neuwahlen erläutert. Als wesentlicher Grund für die Wahlniederlage der SPD und der Grünen wird die hohe Arbeitslosigkeit mit in den letzten Jahren ansteigender Tendenz erwähnt.

Auch wenn die Ministerpräsidenten Stoiber, Koch und Wulff als mögliche Kandidaten der CDU/CSU Erwähnung finden, geht man in Serbien und Montenegro davon aus, dass Frau Merkel zur Kandidatin erklärt wird und mit ihr die Wahlen vermutlich am 18. September gewonnen werden. Parallelen und Vergleiche zu Mrs Thatcher finden sich gelegentlich.

Nach einer anfänglich knappen Berichterstattung nimmt die Entwicklung in Deutschland seit dem 22. Mai Mitte der Woche einen breiteren Raum ein. Schwerpunkte sind die Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der EU. Es wird vermutet, dass die Niederlage der SPD und die erwartete Abwahl der jetzigen Bundesregierung im September das Referendum über den EU-Verfassungsvertrag in

Frankreich beeinflussen wird und eine Annahme unwahrscheinlicher geworden ist. Auch sieht man eine Einigung über die zukünftige Finanzierung der EU gefährdet.

Außenpolitisch erwartet man Veränderungen: Aufgrund des guten Verhältnisses von Frau Merkel und der CDU/CSU zur amerikanischen Administration gehen die Kommentatoren von einer Verbesserung in den Beziehung der Bundesrepublik Deutschland zu den USA aus und erwarten einen Rückschritt in der Annäherung der Türkei an einen EU-Beitritt.

Aufgrund des Eigeninteresses beschäftigen sich die Medien auch ausführlich mit der Frage der Zukunft der Staaten des westlichen Balkans. Ministerpräsident Stoiber wird zitiert mit Äußerungen, die eine Verzögerung des Beitritts von Rumänien und Bulgarien erwarten lassen und einen Beitritt weiterer Länder des westlichen Balkans mit Ausnahme Kroatiens auf lange Sicht ausschließen. Es wird die vermutet, dass dieses auch die Position von Frau Merkel ist, auch wenn es hierzu keine expliziten Äußerungen gibt.

Offizielle Stellungnahmen aus den Parteien und der Regierung liegen nicht vor. Je nach politischer Zugehörigkeit fällt in inoffiziellen Kommentaren die Würdigung, wie zu erwarten ist, unterschiedlich aus.

Dr. Bernhard Lamers

Tel.: 00381-11-3807442

E-Mail: lamers@kas-bg.org

Slowakische Republik

Slowakei: „Ergebnisse in NRW keine Überraschung“

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen waren für führende Analytiker keine Überraschung. Die Unfähigkeit der rot-grünen Regierung einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, brachte der Opposition den dort erhofften Stimmenzuwachs, meint der Redaktionsleiter der Westeuroparedaktion des slowakischen Rundfunks, Peter Stano. Ähnlich reagiert der Politologe Vladimir Bilcik von der Slowakischen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

„Markante Änderung in der politischen Landschaft Deutschlands“

Für die meisten Beobachter kam dagegen die Entscheidung für vorzeitige Wahlen unerwartet. Neben Stano äußert sich so auch Pavol Kossey von der mitregierenden Christlich-Demokratischen Bewegung und bewerten diesen Schritt des Kanzlers als mutig. Bilcik und der renommierteste slowakische Politikwissenschaftler Gregorij Meseznikov vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten halten dies für konsequent: „Die aktuelle Situation halte ich für eine markante Änderung der politischen Landkarte Deutschlands Sie birgt die Chance eines Machtwechsels mit einer Umorientierung in den entscheidenden Politikfeldern: Wirtschaft, Soziales,

Außenpolitik Ich erwarte, dass im Falle des Sieges der Mitte-Rechts-Parteien die Reformen rasanter durchgeführt werden.“

Bis auf den slowakischen Analytiker Bilcik hat kein Beobachter Zweifel an der Nominierung der jetzigen CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel zur Kanzlerkandidatin.

Slowakische Wirtschaft profitiert von guter Wirtschaftspolitik in Deutschland

Nach der eventuellen Wende in Deutschland wird sich die bilaterale Zusammenarbeit insbesondere in europäischen Fragen verbessern, führt Stano aus. Er traut einer CDU/CSU/FDP-Regierung auch eher marktwirtschaftliche Reformen zu. Die Konzepte könnten dann denen der jetzigen christdemokratischen slowakischen Regierung näher sein.

Ähnlich auch Vladimir Bilcik: „Sollte unter einer Unionsgeführten Bundesregierung Deutschland zu alter wirtschaftlicher Stärke zurückfinden, so kann dies für die Slowakei nur positiv sein.“ Bilcik sieht für die slowakische Politik auch eine Chance in der traditionellen Tendenz der Union kleinere EU-Mitgliedsstaaten einzubinden. Die ausschließliche Konzentration der Regierung Schröder auf Frankreich, insbesondere nach dem Irak-Krieg, wurde in Tschechien und der Slowakei mit großer Skepsis betrachtet. Er erinnert auch daran, dass das traditionell Amerikafreundliche Land von einer neuen Bundesregierung neue transatlantische Initiativen erwartet.

Meseznikov und Bilcik warnen allerdings auch vor einer Revitalisierung der Diskussion über die Benes-Dekrete. Hier liegt nach ihrer Meinung potentieller Konfliktstoff.

Dr. Stefan Gehrold

Tel.: 00420-2-22320190

E-Mail: gehrold@kasprag.cz

Spanien

Alle spanischen Tageszeitungen kommentierten die Ereignisse in NRW und Deutschland sehr ausführlich. Schwerpunkte der Berichterstattung waren die Wahlergebnisse in NRW, die Ankündigung der Bundesregierung zu vorgezogenen Wahlen sowie die Kanzlerkandidatur von Frau Dr. Merkel. Die Berichterstattung beschränkt sich vorwiegend auf die Darstellung von Fakten. In den Kommentaren werden teils unterschiedliche Gründe für das Wahldebakel der SPD dargelegt. Die spanische Regierung hat sich mit Kommentaren bislang zurückgehalten.

Übereinstimmend sieht die spanische Presse die Wahlniederlage der SPD als Folge der Reformpolitik der Bundesregierung an. Das Volk, so die links tendierende Tageszeitung „El País“, sei nicht nur von den „Reformen im Bereich Wirtschaft,

Arbeit und Soziales sehr enttäuscht“, sondern habe das „Vertrauen in die Bundesregierung vollends verloren“. Verwunderlich sei daher, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder sich wieder als SPD-Spitzenkandidat aufstellen lassen wolle und dass er gleichzeitig vorhabe, die Reformen weiter voranzutreiben. Die konservative Tageszeitung „ABC“ kritisiert die Regierung von Schröder, da sie es nicht vermocht habe, die Wirtschaftskrise zu meistern: „Die wirtschaftliche Krise und die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sind die eigentlichen Faktoren einer Niederlage, welche die politische Unzufriedenheit gegenüber einer rot-grünen Koalition offenbart, die sich als unfähig erwiesen hat, angemessen die Möglichkeiten der Industrie und des Handels zu nutzen, in Zeiten, wo an allen Seiten ihres Wohlstandsmodells das Wasser leckt.“

In einem Kommentar schrieb der ehemalige „El País“-Korrespondent in Bonn, Hermann Tertsch, der Deutschland und der CDU eher kritisch gegenüber steht, dass es „das einfachste wäre, die Schuld an dem Wahldebakel der SPD in NRW Bundeskanzler Gerhard Schröder wegen seiner Unfähigkeit und seinem zuweilen unanständigen Opportunismus zuzuschreiben, der nicht in der Lage war, dies abzuwehren. Seine Regierung ähnelt einem glücklichen Hühnerstall. Und deshalb hat auch Peer Steinbrück nicht Schuld.“ Vielmehr sei die Schuld bei der politischen Elite zu suchen, die die Politikverdrossenheit zu verantworten habe. Deutschland habe sich nicht von dem Zweiten Weltkrieg erholt. Die Intelligenz, vor allem die jüdische, sei geflohen. Auch heute würde die junge Intelligenz das Land verlassen. Die einst führende deutsche Sozialwissenschaft habe ihr Ansehen in der Welt verloren. Das Land, vor allem die reiche westdeutsche Gesellschaft, sei nicht bereit, sich einzuschränken und lebe von der Armut des Ostens. Tertsch zufolge wurzelt „das Problem in dem deutschen Gemüt, dem historischen Fluch, der deutschen Geschichte.

Die erste deutsche Bundeskanzlerin der Geschichte – Angela Merkel?

Der Wahlerfolg der CDU in NRW wird überwiegend als Erfolg von und für Frau Dr. Angela Merkel angesehen. Das Wahlergebnis sei ihr bisher größter Triumph, so schreibt „El Mundo“. Weiter heißt es, dass „gerade von diesem Manöver (der Regierung, Neuwahlen auszurufen) seine mögliche Rivalin, Angela Merkel, profitiert, da wohl in der noch zur Verfügung stehenden kurzen Zeit kein neuer Kandidat gefunden werden kann, um Schröder die Stirn zu bieten“. „Die Zeit von `Maggie´ Merkel sei gekommen, so die Überschrift in „El Mundo“. Es sei nun sehr wahrscheinlich, dass Deutschland seine erste Bundeskanzlerin der Geschichte wählt, heißt es im Kommentar von „El Mundo“.

Die spanischen Medien trauen Frau Merkel einen eisernen Willen und Durchsetzungsfähigkeit zu: „So wie es auch Thatcher, einer anderen Außenseiterin, widerfuhr, so überlebte auch Merkel einen „Tsunami“ in ihrer Partei (sie war die erste, welche sich gegen ihren ehemaligen Mentor, Helmut Kohl, im Skandal der „schwarzen Konten“ aussprach) und hat nunmehr die Möglichkeit mit einer sieben Jahre alten rot-grünen Regierung abzurechnen“. Ihre Art und ihr Charakter versprechen, den Deutschen wieder Hoffnung geben zu können: „Und insbesondere kann sie einem sich in Wehklagen befindenden Volk eine schon verlorene Hoffnung wiedergeben“, so „El Mundo“.

In den Zeitungen wird auch lobend erwähnt, dass es Frau Merkel zu verdanken ist, dass nach schwierigen Jahren der Krisen, Skandale und Frustration beim Parteivolk die Einigkeit zwischen CDU und der Schwesterpartei CSU wieder hergestellt werden konnte. Selbst der kritische Hermann Tertsch schreibt: „Es ist schwer zu glauben, dass mit der schnellen Reaktion Schröders, die Bundestagswahlen vorzuverlegen, dieser die CDU im Punkt der Aufstellung eines Gegenkandidaten so spaltet, dass er ein drittes Mal als Sieger aus den Wahlen hervorgehen kann.“

Michael Däumer

Tel.: 0034-91-5791-394

E-Mail: kasmad@gmx.net

Tschechische Republik

Die Tschechische Politik und Öffentlichkeit beobachtet mit Interesse die Vorgänge in Deutschland. Man richtet sich auf eine Machtübernahme durch die CDU ein. Dennoch überwiegt eine gewisse Vorsicht. Eine konservative Regierung, so die Befürchtung eines Teils der Bevölkerung, könnte auf die „nationale Karte“ setzen und die deutsch-tschechischen Beziehungen negativ beeinflussen. Auf der anderen Seite wissen die das Land steuernden Eliten aus der Wirtschaft, dass nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland der tschechischen Wirtschaft stabiles Wachstum garantieren kann. Dies traut man einer Unionsgeführten Regierung eher zu als der jetzigen.

Konservative setzen auf Angela Merkel

Während sich die EVP-Mitgliedspartei KDU-CSL mit einem Kommentar zurückhält und verhalten freudig reagiert, gratuliert der Vorsitzende der größten tschechischen Partei ODS, der CDU-Vorsitzenden herzlich. Mirek Topolánek hält das Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen (NRW) für eine klare Botschaft für einen politischen Wechsel. Topolánek, der selbst als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des tschechischen Ministerpräsidenten nach den Wahlen im Jahr 2006 gilt, sagt der CDU unter der Führung der Vorsitzenden uneingeschränkte Unterstützung zu.

„Entscheidung für Neuwahlen Zeichen für politische Reife“

Der Politologe Robert Schuster ist der Meinung, dass die tschechische Sozialdemokratie vor dem Hintergrund des Wahldebakels der Parteikollegen in Nordrhein-Westfalen die eigenen Reformpläne mit einem größeren Maß an Vorsicht angehen wird. Viele politische Beobachter schätzen die Entscheidung des Bundeskanzlers, nach einem offensichtlichen und erdrutschartigen Ansehensverlust der Regierung, den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Ein Schritt, den die tschechische Sozialdemokratie trotz eines 12monatigen Krisenstakkatos nicht gehen wollte.

Wahlsieger sollte über klare Konzepte verfügen

Martin Komárek, Journalist der Mladá Fronta Dnes, sieht die These bestätigt, dass die tschechische Regierung sich nur aus Angst vor vorgezogenen Neuwahlen noch einmal zusammengerauft habe; der tschechischen Sozialdemokratie fehle ein Schröder, der als Persönlichkeit das Wahlergebnisse beeinflussen könne. Komárek zufolge kann die gegenwärtige politische Situation in Deutschland negative Folgen für die Tschechische Republik im Rahmen der Verhandlungen über den Haushalt der Europäischen Union haben. Ein Deutschland im Wahlkampf hat wenig Zeit, sich mit der umfassenden Finanzreform der EU auseinander zu setzen, so Komárek.

Konsequenzen für die Tschechische Politik sind in 3 Politikfeldern ersichtlich:

1. Außenwirtschaft – Tschechien wünscht ein starkes Nachbarland
Deutschland ist laut dem Leitartikel der auflagenstärksten tschechischen Tageszeitung Mladá Fronta Dnes vom vergangenen Montag das größte Importland für tschechische Erzeugnisse. Eine dauernde Destabilisierung des Marktes Deutschland hätte für die stetig wachsende Wirtschaft der Tschechischen Republik negative Folgen.
2. Binnenwirtschaftspolitik – Deutschland als Negativbeispiel
Vor allem (neoliberale) Wirtschaftsanalysten, deren Beiträge in der stark wirtschaftlich ausgerichtete Hospodářské noviny gedruckt werden, sehen im Wirtschaftsmodell Deutschland ein Beispiel, wie es die Tschechische Republik, die auch mit strukturellen Problemen und überfälligen Reformen zu kämpfen hat, nicht machen sollte.
3. Konsequenzen für das Auftreten der Sozialdemokratie: Klaren Worten klare Handlungen folgen lassen
Die Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Tschechiens begingen ähnliche Fehler: Es wurden bombastische Wirtschafts- und Sozialreformen angekündigt. Grabenkämpfe und Lobbying zeitigten jedoch Reformflöhe, die keinen bzw. wenig Effekt zeigten und den Glauben der Wähler an die Politik allgemein haben sinken lassen.

Dr. jur. Stefan Gehrold

Tel.: 00420-2-22320190

E-Mail: gehrold@kasprag.cz

Ukraine

Der überzeugende Wahlsieg der CDU/CSU im traditionellen Bollwerk der SPD Nordrhein-Westfalen findet auch in der ukrainischen Presse ihren Niederschlag. Die meisten Artikel stellen einen Nachdruck aus den westlichen Medien dar und behandeln zumeist ohne Bewertung und Kommentar die folgende Aspekte:

1. „Bittere Niederlage“ der Regierungskoalition im NRW nach 39(!) Jahren
2. Die Erklärung Schröders über die vorgezogenen Parlamentswahlen und ihre Hintergründe
3. Mögliche Konsequenzen für die EU
4. Frage der Spitzenkandidaten

Zu 1. Mit einem „Erdbeben in Deutschland“ vergleicht die Zeitung „Ukraina Moloda“ (Junge Ukraine) das Ergebnis der Landtagswahl im NRW, das „eine radikale Wende in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands bedeutet“. Die meisten Artikel zitieren Bundeskanzler Schröder: „Diese bittere Wahlniederlage meiner Partei im NRW lässt uns an der politischen Unterstützung der Regierungsreformen zweifeln. Als Bundeskanzler halte ich es für meine Pflicht, den Bundespräsidenten zu überzeugen, die vorgezogenen Parlamentswahlen so früh wie möglich, und zwar im Herbst 2005 durchzuführen.“ Die Überschriften deuten einen höchstwahrscheinlichen Regierungswechsel an: z.B. „Schröder begeht den „politischen Selbstmord“ (Nachrichtenagentur „Obozrevatel“ (Beobachter) www.obozrevatel.com.ua), „Wenige Monate für die Regierung Schröder verblieben“ („Ukraina Moloda“), „Einen schönen Abschied nehmen“ (TV-Nachrichten „Podrobnosti“ (Details) www.podrobnosti.ua). Den Wahlsieg der CDU mit 42,5% verbindet die analytische Internet-Zeitung www.glavred.info mit der heftigen Kritik an der Regierung Schröder wegen der in den letzten Jahren drastisch gestiegenen Arbeitslosenrate im Lande.

Zu 2. Die Berichte in der ukrainischen Presse setzen sich ferner mit den Hintergründen der Erklärung Schröders über die Notwendigkeit der vorgezogenen Bundestagswahlen auseinander. In den meisten Artikeln wird die Auffassung vertreten, dass dieser Schritt Schröders einerseits ein großes Risiko für die Regierungskoalition, aber andererseits auch ihre einzige Chance darstellt, durch Neuwahlen ein Mandat durch die Bevölkerung zur Fortsetzung ihrer Regierungspolitik zu erhalten. Ferner sei es ein Versuch, die Opposition zu überraschen und den Wähler mit seiner „Selbstlosigkeit“ zu gewinnen, so www.podrobnosti.ua. Nach der Meinung der Experten hat Schröder eine so große Angst vor seinem politischen Tod, dass er sich für einen Selbstmord entschieden hat, heißt es im Artikel „Einen schönen Abschied nehmen.“

Zu 3. Nur sehr wenige Berichte kommentieren die möglichen Konsequenzen dieses politischen Ereignisses. Diese Kommentare beziehen sich nur auf die Folgen für die EU. Eine Analyse der Folgen für die Ukraine bleibt aus. „Die Perspektive der vorgezogenen Bundestagswahlen führt dazu, dass die Regierungskoalition nicht in der Lage sein wird, sich um die politischen Geschäfte in der EU zu kümmern. In Verbindung mit der möglichen negativen Abstimmung über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden kann die EU in den nächsten Monaten lahm gelegt werden, insbesondere in Bezug auf den Kompromiss über den EU-Haushalt 2007-2013.“

Zu 4. Als Spitzenkandidaten werden Gerhard Schröder und Angela Merkel gehandelt. Aus der Sicht der Experten hat Merkel reale Chancen als erste Frau in der deutschen Geschichte zum Bundeskanzler gewählt zu werden. Die meisten Deutschen – 80% - befürworten die Durchführung der vorgezogenen Wahlen, was ebenfalls als gutes Zeichen für die Opposition bewertet wird.

Ralf Wachsmuth

Tel.: 0038-044-2537504, 0038-050-9474542

E-Mail: Ralf.Wachsmuth@adenauer.kiev.ua

Ungarn

Alle ungarischen Zeitungen haben über die Ergebnisse der Wahlen in Nordrhein-Westfalen vom 22. Mai 2005 berichtet.

Mit der **Person von Frau Angela Merkel** beschäftigen sich die Publizisten nur am Rande. Zwar sind in einem der ungarischen Internetforen Äußerungen über Frau Merkel zu lesen, diese deuten aber vor allem auf die Parallelität zwischen der möglichen Wahl von Frau Angela Merkel zum Bundeskanzler und der Wahl von Katalin Szili zum Staatspräsidenten von Ungarn hin. In beiden Fällen würde zum ersten Mal eine Frau in eine führende Position ihres Staates gewählt.

Laut der Tageszeitung „Magyar Nemzet“ soll Frau Merkel darauf gesetzt haben, dass die Regierungskoalition auf Dauer auseinander bricht. Dem ist Schröder jetzt zuvor gekommen. Die Zeitung bewertet Schröders Schachzug im Hinblick auf Angela Merkels Strategie positiv. Das wirtschaftspolitische Wochenmagazin „HVG“ berichtet mit konkreten Angaben über die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien seit den Parlamentswahlen im September 2002. Die Wochenzeitung deutet darauf hin, dass Frau Merkel die größte Chance zum Kanzler gewählt zu werden habe, sollten noch in diesem Jahr vorgezogene Wahlen stattfinden. Dies würde neben dem innenpolitischen Wechsel auch grundsätzliche außenpolitische Folgen haben.

Im Laufe der Woche begann die ungarische Medienlandschaft damit, sich zunehmend mit **den Konsequenzen des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen für andere Länder** auseinander zu setzen. Diskutiert wird insbesondere, was dieser Wahlausgang für die Türkei bedeuten könnte. Bei der „Magyar Nemzet“ und dem wirtschaftspolitische Wochenmagazin „HVG“ geht man davon aus, dass die Türkei durch den wahrscheinlich Regierungswechsel in Deutschland die Unterstützung für den EU-Beitritt verlieren würde. „HVG“ geht ebenfalls davon aus, dass die unkontrollierte, kritikfreie Russlandpolitik Schröders hinterfragt werden würde und eine neue Öffnung in Richtung USA erfolgen würde. Die Einigung in den Streitfragen um das EU-Budget für die Jahre 2007-2013 könnte nach Ansicht der „HVG“ durch eine mögliche Merkelregierung auch erschwert werden.

Man betont, dass Deutschland, und vor allem das Land Nordrhein-Westfalen, einen wirtschaftlichen Aufstieg von dem Wechsel erwarte. Man schließt dies aus der Tatsache, dass die Frankfurter Börse in den letzten Tagen mit einer Kurserhöhung

auf die Wahlergebnisse reagiert hat. Man geht davon aus, dass ganz Europa, und insbesondere auch Ungarn von einem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands profitieren würde, da der größte Teil der ungarischen Exporte nach Deutschland geht.

In der Rubrik „Meinung“ fragt die Zeitung „Népszabadság“ bekannte ungarische Fachleute, **was Ungarn von diesem politischen Wechsel zu erwarten habe**. Péter Balázs, Ex-Botschafter, erwartet die Ablehnung und Veränderung des EU-Budgets. László Kiss J., Leiter des Teleki Instituts, erwartet den Aufstieg der deutschen und dadurch auch der ungarischen Wirtschaft. Péter Balázs ist zwar zurückhaltend bezüglich der Frage, ob die CDU/CSU die richtige Rezeptur für die Lösung der Probleme habe, er ist sich aber mit Kiss J. darüber einig, dass der Regierungswechsel das Konsumentenvertrauen positiv beeinflussen könne.

Laut Angaben der DUIHK investierten im Jahr 2004 deutsche Firmen 10,74 Mio. Euro in Ungarn. 2,3 Mio. Euro davon stammen aus NRW. Allein der Wert des Handelsverkehrs zu diesem Land lag über 1805 Mio. Euro, was 14,4% des Gesamthandels zwischen Ungarn und Deutschland ausmacht. Kiss J. betonte außerdem die traditionell guten deutsch-ungarischen Beziehungen. Seiner Meinung nach ist es aber wichtig darauf hin zu weisen, dass mit dem EU-Beitritt eine neue Epoche angefangen habe, und es deswegen nicht mehr ausreichend sei, auf die bewährten Verhältnisse allein zu vertrauen.

Klaus Weigelt

Tel.: 0036-1-4875010

E-Mail: klaus.weigelt@adenauer.hu

USA

Bereits am Abend des Wahlsonntags berichteten einige Fernsehstationen über den Ausgang der Wahlen in NRW und die Ankündigung von Schröder und Müntefering, für den Herbst Neuwahlen anzustreben. Die New York Times berichtete am Montag ausführlich, Die Washington Post und andere folgten am Dienstag.

Bei den Gesprächen, die Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl am 25. und 26. Mai mit Präsident George W. Bush, Außenministerin Condoleezza Rice und dem stellvertretenden Außenminister Robert Zoellick führte, stand die Ankündigung von Neuwahlen und die voraussichtlichen Konsequenzen im Vordergrund.

Der Tenor der Berichte und Kommentare in den Medien ist einhellig:

- Schröders Reformkurs ist am Ende.
- Er hat das Vertrauen der Deutschen verloren.
- Mit der Ankündigung der Neuwahlen zieht er seinen letzten Trumpf, landet er einen Überraschungscoup, der die Opposition vielleicht unvorbereitet trifft, der aber vor allem dem Zweck dient, die eigene Partei zusammenzuhalten.

Kein Kommentator gibt Schröder noch eine Chance bei den bevorstehenden Wahlen. Sie rechnen mit einem Sieg von CDU/CSU und FDP.

Natürlich interessiert an erster Stelle, wer die Union ins Rennen führen wird. Doch auch in den USA setzt sich die Meinung durch, dass alles auf Frau Merkel hinausläuft.

Auch wenn man der CDU/CSU gute Siegeschancen einräumt, so fragt man doch nach den programmatischen Alternativen:

- Welche wirtschaftspolitischen Korrekturen wird die Union vornehmen? Welche neuen Reformschritte einleiten?
- Müsste die Union die Reformen nicht sogar noch verschärfen, um alsbald Erfolge zu erzielen?
- Wird die Bevölkerung diese Politik mittragen?

Zweifellos würden die Bush-Administration und das "politische" Washington einen Regierungswechsel in Deutschland begrüßen. Unklar ist aber noch vielen Politikern, welche Erwartungen sie in einen Regierungswechsel setzen sollen.

- In den bilateralen Beziehungen erhofft man natürlich ein Anknüpfen an die frühere gute Zusammenarbeit.
- Außerdem wünscht man, dass ein Regierungswechsel in Deutschland auch die Gewichte innerhalb Europas verschiebt und damit das Verhältnis EU – USA positiv beeinflusst.
- Schließlich ist man an einem Erfolg der Reformen in Deutschland interessiert. Denn dies würde zu einem Erstarren des wichtigsten Partnerlandes in Europa und damit zur Belebung der europäischen Wirtschaft insgesamt beitragen.

Die Wahlen am 22. Mai in NRW mit der Ankündigung von Neuwahlen werden in unmittelbarem Zusammenhang gesehen mit dem Referendum über die EU-Verfassung in Frankreich am 29. Mai. Nach hiesiger Einschätzung könnten diese beiden Daten eine Zäsur in der europäischen Politik und damit auch in den transatlantischen Beziehungen bedeuten.

Dr. Norbert Wagner

Tel.: 001-202-4645840

E-Mail: Norbert.Wagner@kasusa.org